

Niederschrift

über die Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel - öffentlich -

Datum: 12.01.2016

Ort: Sitzungssaal, Rathaus Einsiedel, Einsiedler Hauptstraße 79, 09123 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr - 23:30 Uhr

Vorsitz: Falk Ulbrich

Beschlussfähigkeit

Soll: 11 Ortschaftsräte
Ist: 11 Ortschaftsräte

Anwesenheit

Ortsvorsteher

Herr Falk Ulbrich CDU

Ortschaftsratsmitglieder

Frau Steffi Barthold	Bürgerliste Einsiedel
Herr Otto Günter Boden	Haus+Grund Einsiedel
Herr Carsten Claus	Haus+Grund Einsiedel
Herr Andreas Edelmann	Bürgerliste Einsiedel
Herr Rocco Ehinger	CDU
Herr Walter Hähle	Bürgerliste Einsiedel
Herr Dirk Hänel	Bürgerliste Einsiedel
Herr Jens Mittenzwey	Bürgerliste Einsiedel
Herr Dr. Peter Neubert	DIE LINKE
Herr Marc Stoll	CDU

Schriftführerin

Frau Simone Knöbel

Gäste

54 Gäste

Herr Bräuer – D6/A66/66.6 - Verkehrsplanung
Frau Lull - D6/A66/66.6 - ÖPNV
Herr Karge – D6/A61.4 - Stadtentwicklungsplanung
Frau Hüttner – Hüttner + Hüttner GbR
Frau Heinrichs – Büro für Städtebau
Frau Timpel – D6/A61.5
Herr Hüttner - Hüttner + Hüttner GbR
Frau Peters – Freie Presse

1. Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel – öffentlich – stellt die ordnungs- und fristgemäße Einberufung der Sitzung fest und begrüßt die Ortschaftsräte und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird mit 11 anwesenden Ortschaftsräten festgestellt.

2. Feststellung der Tagesordnung

Anträge zur Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor.

Der Antrag von Ortschaftsrat Herr Claus, die Einwohnerfragestunde vorzuziehen wurde abgelehnt, jedoch wurde den Einwohnern zu einzelnen Tagesordnungspunkten Rederecht eingeräumt. Somit ist die Tagesordnung bestätigt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel - öffentlich - vom 01.12.2015

Zur Niederschrift vom 01.12.2015 gibt es keine Einwendungen. Sie gilt somit als genehmigt.

4. Vorlagen an den Stadtrat/Ausschuss

4.1 Vorlagen zur Anhörung nach § 67 Abs. 4 SächsGemO

4.1.1 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16/02 Wohnpark Anton-Herrmann-Straße, Einsiedel

Vorlage: B-020/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Einleitend erklärt Herr Karge, dass bereits im Jahr 1999 schon einmal ein Aufstellungsbeschluss zum Baugebiet gemacht wurde, jedoch seit 2001 ruht. Jetzt ist ein neuer Vorhabenträger (Hüttner + Hüttner GbR) gefunden, der das Vorhaben entwickeln möchte. Das Planungsverfahren soll beginnen und dafür wird dem Ortschaftsrat zur Abstimmung die Vorlage vorgelegt. Bei solchen vorhabenbezogenen Bebauungsplänen ist eine Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange üblich. Wenn dieses abgeschlossen ist, wird der Entwurf mit der konkreten Planung dem Ortschaftsrat wieder vorgelegt.

Frau Hüttner informiert über die Größe, Lage und Erreichbarkeit des Planungsgebietes. Es sollen max. 26 Einfamilienhäuser errichtet werden. Alles orientiert sich daran, was der vorherige Vorhabenträger bereits ausgearbeitet hat.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle fragt an, ob es medienführende Leitungen, die nicht in der Vorlage ersichtlich sind, gibt. Welche Abstände zur Bahnstrecke bzw. zur Bebauung eingehalten werden müssen.

Frau Hüttner antwortet, dass es eine Ferngastrasse gibt, die das Gebiet durchquert. Damit sind Schutzstreifen gefordert, die bereits in der Vorlage mit eingearbeitet wurden und erklärt deren Verlauf. Der Abstand ist jeweils mit einen Schutzstreifen von 2,5 m bis 3 m einzuhalten.

Zur Frage vom Ortschaftsrat Herr Hähle, ob dieses eine Hochdruckleitung ist, konnte sie keine konkrete Aussage treffen. Die Abstände sind abgeprüft, die Schachtscheine sind eingeholt und nach den Vorgaben der Versorgungsträger ist das so eingeplant.

Herr Karge macht noch einmal darauf aufmerksam, dass während des Planungsverfahrens berührte Behörden um Stellungnahmen gebeten werden und nach deren Vorgaben dann geplant wird.

Der Ortschaftsrat Herr Mittenzwey fragt zum Abwasser / Wasser an, wie der Altbestand am Gärtnerieweg ist. Er gibt zu bedenken, dass nicht dort ein Rückstau entsteht und macht auch auf die Situation der Abwasserleitung am Ortseingang aufmerksam.

Frau Hüttner bestätigt, dass es Gespräche mit dem ESC gegeben hat. Der Anschluss Gärtnerieweg 2 (Übergabe zum öffentlichen Kanal) wurde nach den Gesprächen und der Prüfung für eine realisierbare Einleitung angesehen. Dieses bedarf aber einer genaueren Planung.

Der Ortschaftsrat Herr Boden bemerkt, dass bei der Gesamtfläche und Flächenerschlie-

ßung es unklar ist, wie viele Einfamilienhäuser und in welcher Größe dort gebaut werden und wie groß die versiegelte Fläche sein wird. Es handelt sich um einen Mischwasserkanal, der jetzt schon bei starken Niederschlägen überfüllt ist. Deshalb wäre es jetzt schon, aus umweltpolitischen Gründen, erforderlich darzulegen, was genau dort gebaut und in welchem Ausmaß es sein wird. Es handelt sich um eine Fläche, die jetzt in Größenordnungen Wasser bindet. Es ist ein Gebiet mit Hochwaldbestand und ökologisch wertvollen Hecken. Die Entwässerung muss klar geregelt sein, ehe es zur Abstimmung bei allen kommt. Auch mit der Gasleitung wird es nicht einfach.

Frau Hüttner bestätigt, dass ein Mischwasserkanal mit Rückhaltung erforderlich ist.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert betont, dass er nicht grundsätzlich gegen das Vorhaben ist. Unter dem Gesichtspunkt Hochwasser sieht er es sehr risikvoll bei einer Versiegelung in dieser Größenordnung und an dieser Stelle. Er wird deshalb dem so nicht zustimmen. Es besteht Klärungsbedarf, was an dieser Stelle sinnvoll machbar ist.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle stellt fest, dass es erst einmal darum geht, ob dieses Gebiet bebaubar ist oder nicht. Er ist dafür, dass in Einsiedel ein Baugebiet in Ortsmitte errichtet werden kann. Der Ortschaftsrat muss im Vorfeld auf wichtige Sachen hinweisen und die Bedenken mitteilen. Er bittet um Beachtung des Themas mit den Versiegelungsflächen.

Frau Hüttner erklärt, dass jetzt erst einmal der Beschluss gefasst wird, um genau zu planen. Es wurde aus Überzeugung, dass dieses ein guter Standort ist, schon viel Arbeit eingebracht. Wenn die Tendenzen ins Negative schlagen, wird nicht geplant. Sie macht darauf aufmerksam, dass es sich um ein Baugebiet handelt, was schon einmal geplant und beschlossen wurde. Der Grund für die Neuplanung sind die neuen Bestimmungen und gesetzlichen Veränderungen, die sich verschärft haben.

Daraufhin erläutert Herr Karge noch einmal ausführlich die einzelnen Schritte des Bauplanungsverfahrens. Er macht darauf aufmerksam, dass der Ortschaftsrat nicht in dieser Sitzung darüber entscheidet, wie das Baugebiet im Detail aussehen soll, sondern nur ob geplant werden soll. In der Planung kann die Fläche der Versiegelung festgeschrieben werden.

Der Ortschaftsrat Herr Boden musste bisher feststellen, dass die Festschreibung der Versiegelung in noch keinem Baugebiet funktioniert hat.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert weist darauf hin, dass Entwicklung auch bedeutet, dass beachtet werden sollte, dass gegenüber dem ursprünglichen Bebauungsplan zwei Hochwasserereignisse in Einsiedel mit verheerenden Folgen waren.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle stimmt dem Ortschaftsrat Herrn Dr. Neubert zu. Er war damals 1990 bei der Abstimmung über das Baugebiet mit dabei. Damals spielte die Ortsmitte schon eine Rolle, bezugnehmend auf das Gymnasium und die Grundschule. Es wäre schade, wenn dieses Gebiet nicht entwickelt werden würde. Weiterhin bestätigt er die Aussage von Ortschaftsrat Herrn Boden, dass die Versiegelung im Baugebiet Berbisdorf nicht eingehalten wurde. Das sind Bedenken, die unbedingt aufgenommen werden müssen.

Der Ortschaftsrat Herr Claus fragt an, ob dann einer neuer Straßenname vergeben wird.

Dieses wird vom Ortsvorsteher Herrn Ulbrich nicht ausgeschlossen.

Ein Anwohner hat das erste Bauverfahren miterlebt, er lehnt es ab, so lange kein vernünftiges Konzept steht. Er macht auf versteckte Medien und dem Regenwasser, welches von der Scholl-Straße über die Anton-Herrmann-Straße in dieses Gebiet abläuft, aufmerksam. Er widerspricht der Aussage, dass dort ein Fußweg vorhanden ist. Das ist ein Privatgrundstück und der Gärtnereiweg ist kein öffentlicher Weg. Weiter hat er Bedenken, bei der viel zu engen Anlage der Straße im Baugebiet und den Versorgungsleitungen.

Eine Anwohnerin der Schollstraße fragt an, wie es mit der Trinkwasserversorgung dann geregelt wird, da jetzt schon massive Probleme mit dem Wasserdruck bestehen. Dabei macht sie darauf aufmerksam, dass in letzter Zeit Neubauten wegen des fehlenden Wasserdrucks an Hydranten nicht genehmigt wurden.

Frau Hüttner bestätigt, dass die Wasserversorgung über die Anton-Herrmann-Straße geplant ist. Sie wird das Problem aufnehmen. Laut Aussage der Stadt Chemnitz zum Löschwasser war alles positiv.

Ein Anwohner fragt an, wo die verkehrstechnische Anschließung geplant ist. Die Zufahrt ist zwischen Anton-Herrmann-Straße Nr. 16 und 16a geplant, so Frau Hüttner. Daraufhin bemerkt der Anwohner, dass dort eine Engstelle entsteht. Dazu bemerkt Frau Hüttner, dass die Engstelle bekannt ist, aber nicht unrealistisch.

Ein Anwohner fragt an, wie die Versorgungsleitungen geplant sind und was mit dem schönen Wald passiert.

Die Absprachen laufen mit der Deutschen Bahn, dass die Versorgungsleitungen dort queren können. Konkrete Antworten stehen noch aus.

Auf Anfrage zum Wald sagt Herr Karge, dass nicht einfach abgeholzt wird. Geschieht das wegen des Häuserbaus, wird es eine Ausgleichsbilanzierung geben.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle fordert, wenn eine Genehmigung für das Baugebiet erfolgt, muss gleichzeitig auch eine Lösung geschaffen werden, dass durch die Bahnstrecke eine Wasserversorgung, von der Hauptleitung der „Neue Einsiedler Hauptstraße“ aus erfolgen kann. Durch die Erschließung des Baugebietes kann dadurch die Wasserversorgung der Anton-Herrmann-Straße verbessert werden. Das muss im Zusammenhang betrachtet werden und macht eine Verbesserung der Wasserverhältnisse zwingend erforderlich.

Der Ortschaftsrat Herr Claus stellt noch einmal klar, dass es Probleme bei der Versiegelung der Fläche, beim Trink- und Abwasser und bei der zu schmalen Zufahrt gibt. Dieses wird auch vom Ortsvorsteher Herrn Ulbrich bestätigt. Wobei die Probleme mit dem Wasserdruck der Scholl-Straße mit dem Hochbehälter zusammenhängen.

Ein Einwohner bemängelt die Verkehrsanbindung ausschließlich über die Anton-Herrmann-Straße, da jetzt schon durch die Erstaufnahmeeinrichtung das Verkehrsaufkommen beachtlich zugenommen hat.

Ein Anwohner muss feststellen, dass zu vielen Fragen zum Baugebiet keine konkreten Antworten gegeben wurden. Er regt an, die Anfragen mit in die Planung aufzunehmen.

Herr Karge erklärt noch einmal, dass mit dieser Vorlage in den Planungsprozess eingestiegen wird, d.h. nicht, dass alle Probleme geklärt sind. Wenn die Vorlage abgelehnt wird, muss die Planung eingestellt werden. Auf Anfrage vom Ortschaftsrat Herrn Ehinger erklärt er, dass die Planung bis zum Satzungsbeschluss in der Regel 1 Jahr dauert.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat Einsiedel stimmt der Vorlage B-020/2016 – mit 7 x Ja / 4 x Nein - mehrheitlich – mit folgender Begründung zu.

Der Ortschaftsrat Einsiedel macht darauf aufmerksam, dass die Regelung von versiegelten Flächen zur Grundstücksgröße eingehalten wird. Er fordert, dass eine Maßnahme für eine Regenwasserrückhaltung geplant und die Flächenversiegelung geregelt bzw. begrenzt wird.

Weiterhin bitten wir die Breite der Zufahrtsstraße zu prüfen. Die Trinkwasserversorgung muss so erfolgen, dass im Anschlussbereich keine Beeinträchtigung der Druckverhältnisse eintritt. Es ist zu prüfen, wie das Netz ertüchtigt werden kann, um insbesondere in der Schollstraße und am Dittersdorfer Weg regelrechte Anschlusswerte zu erzielen.

4.1.2 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur Ergänzungssatzung Nr. 14/03 "Am Frankebach", Einsiedel

Vorlage: B-025/2016

Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Zur Vorlage spricht Herr Hüttner, Frau Heinrichs und Frau Tümpel.

Frau Tümpel gibt eine Einführung zur Vorlage. Der Aufstellungsbeschluss wurde bereits am 13.05.2014 bestätigt. Jetzt wurde der Entwurf für max. 3 Einfamilienhäuser gefertigt, den sie ausführlich erklärt. Es erfolgte eine artenschutzrechtliche Prüfung. Der Entwurf des Auslegungsbeschlusses wird öffentlich ausgelegt, danach können die Bevölkerung und die Träger der öffentlichen Belange ihre Stellungnahmen einreichen.

Frau Heinrichs erläutert ausführlich die artenschutzrechtliche Prüfung und welche Maßnahmen bei der Planung festgesetzt wurden. Es erfolgte eine Einschränkung der Bebauung gegenüber dem Aufstellungsbeschluss. Es sind Anbindungspunkte für Abwasser im Bereich der Eibenberger Straße vorhanden. Die Regenwasserableitung erfolgt so, dass bei Bedarf eine Drosselung erfolgen kann. Zudem wird es noch Abstimmungen mit den Versorgungsträgern geben.

Der Ortschaftsrat Herr Boden nimmt noch einmal Stellung zur einstimmigen Ablehnung des Aufstellungsbeschlusses durch den Ortschaftsrat, am 07.05.2014. Die Vorlage wurde damals mit der Begründung, dass die geplante Bebauung im Außenbereich wegen des Eingriffs in die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, besonders aber wegen der befürchteten Auswirkungen auf die ohnehin komplizierte Hochwasserlage in der Ortslage Einsiedel, einstimmig abgelehnt. Diese Abstimmung wurde im Stadtrat und Bauausschuss überstimmt. Er weist auf die Bebauungsfläche hin und dass damit wieder versiegelte Fläche dazukommt. Es existiert für die 3 Bäche kein aktuelles hydraulisches Gutachten, dieses hätte mit dem Bau der Eibenberger Straße vorliegen müssen.

Die Zufahrt, erläutert Frau Heinrichs, wird über den Wirtschaftsweg erschlossen. Es wird keine zusätzliche Straßenverkehrsfläche angelegt. Die Bebauung ist durch die Baugrenzen relativ eng begrenzt. An Hand der Baufläche können max. 3 Häuser errichtet werden.

Herr Hüttner erklärt, dass nicht die gesamte Fläche, die von der Planlinie begrenzt ist, bebaut wird. Es wird nur innerhalb der Baufläche gebaut. Im nächsten Verfahrensschritt wird festgelegt, wie viel versiegelte Fläche entsteht, was die versiegelte Fläche für die Abflussmenge bedeutet und wie sichergestellt wird, dass die Abflussmenge nicht die Kapazität der Vorflut überlastet. Wenn dieses nicht nachgewiesen ist, wird keine Genehmigung erteilt. Es gibt umfangreiche Möglichkeiten die anfallenden Wassermengen zwischenzuspeichern bzw. sicherzustellen, damit es keine Überlastung der Vorflut gibt. Das ist per Gesetz geregelt.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle möchte wissen, wie man den §9 über den §34 (verdichtete Bebauung im Innenbereich) nicht zulassen kann. Er möchte erreichen, dass dort in dem Bereich eine Bebauung endet und wie man dieses sichern kann.

Frau Heinrichs antwortet, dass der §9 aussagt, welche Festsetzungen im Bebauungsplan getroffen werden, die sie auch erläutert. Sie betont, dass es jetzt so festgesetzt ist, dass nur in diesem Bereichen gebaut werden kann und eine weitere Bebauung gibt es nicht.

Herr Hüttner ergänzt, dass Aussagen zu den Grundflächen und der Bauhöhe erst später gemacht werden. Diese bewegen sich nur in Größe eines Einfamilienhauses und nach der Bebauung der Umgebung.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich berichtet, dass er es Vorort mit den Anwohnern abgesprochen hat.

Der Ortschaftsrat Herr Boden erklärt, dass schon ein abgerundeter Ortsrand festgesetzt wurde. Jetzt kommt es zu einer Ausbeulung und er legt nicht die Hand ins Feuer, dass es dabei bleibt. Hinter dieser erhaltenen Hecke kann wieder ein Baugebiet entstehen.

Herr Hüttner erklärt, was vorher festgesetzt war, betraf das Gebiet unterhalb. Was jetzt neu festgesetzt wird, betrifft das Gebiet oberhalb.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert berichtigt, dass das Abstimmverhalten, am 07.05.2014 differenziert war. Es wurde damals mehrheitlich abgelehnt. Eine artenschutzrechtliche Prüfung wurde durchgeführt und der Umfang der Bebauung wurde wesentlich reduziert. Dies ist eine Entwicklung, die den Bedenken der Ortschaftsräte entgegenkommt. Unabhängig

davon, dass noch Bedenken bestehen. Er fragt, ob die Möglichkeit besteht im weiteren Verfahrensverlauf eine bisher weggelassene Umweltprüfung nachzuholen.

Weiter möchte er wissen, wie die Abwasser- und Hochwasserregelung, unter Beachtung des ganzen Umfeldes möglich ist, dass es nicht wieder zu einer Hochwassersituation im Bereich des Vorfluters kommt. Ansonsten steht er, wenn diese Fragen beantwortet sind, den Dingen entscheidungsoffen gegenüber.

Herr Hüttner antwortet, auf dem Gebiet sind jetzt 200 m² Versiegelung. Es stehen dort 5 Gebäude mit befestigten Flächen und die Fläche die versiegelt dazukommt, wird nur unwesentlich erhöht. Es muss natürlich berechnet werden, welche Mengen an Wasser dort bei Starkregenereignissen fallen und welche Rückhalträume zur Verfügung gestellt werden müssen, damit diese Mengen nicht unmittelbar und zeitgleich mit allen anderen Mengen das Abwassersystem belasten. Das lässt sich einfach berechnen und herstellen. Die Menge, die von den neu zu errichteten Häusern abfließt, ist so gering, dass sie nicht den Vorfluter zusätzlich belastet.

Auf Anfrage von Ortsvorsteher Herr Ulbrich soll in den Frankebach kein Regenwasser eingeleitet werden, dieses ist nicht notwendig. Die Einleitung erfolgt in die Eibenberger Straße. Dort wird eine Regenwasserrückhaltung gemacht, die das Wasser entsprechend zurückhält. Es ist sogar möglich, dass man den Anfall des Abwassers, was jetzt zum Frankebach hinfließt, noch reduziert und damit noch für eine Entlastung sorgt.

Auf Anfrage von Ortschaftsrat Herr Claus erklärt Herr Hüttner, welche verschiedenen Methoden dafür in Frage kämen.

Zur Frage von Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert zur Umweltprüfung antwortet Frau Heinrichs, dass im Zuge des Verfahrens das artenschutzrechtliche Gutachten im Zeitraum eines Jahres erstellt wurde und in die Planung mit eingeflossen ist. Jetzt werden die Behörden und die Träger der öffentlichen Belange beteiligt. Dieses Gutachten wurde bereits von der Stadt Chemnitz geprüft und ist für ausreichend erachtet worden. Wenn sich im Rahmen der Auslegung noch neue Erkenntnisse ergeben, wird das selbstverständlich noch einfließen. Im Grunde sind die Umweltbelange erst einmal ausreichend geprüft worden.

Ein Einwohner macht darauf aufmerksam, dass der Ortschaftsrat das Bauvorhaben in der Sitzung, am 07.05.2014 mehrheitlich abgelehnt hat. Die Bedenken des Ortschaftsrates gehen immer wieder auf die Flächenversiegelung und den Hochwasserschutz ein. Er versteht nicht, warum die 3 geplanten Baugebiete nicht in der Gesamtheit betrachtet werden, da sie alle den Vorfluter belasten.

Der Ortschaftsrat Herr Hänel macht darauf aufmerksam, dass im Baugebiet an der Funkstraße ein Mischwasserkanal geplant ist.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich sagt dazu, dass das Problem völlig klar ist, am Ende fließt alles in die Chemnitz. Die Baugebiete in Dittersdorf oder Burkhardtsdorf spielen auch eine Rolle. Eine Entscheidung ist zu fällen und im Einzelnen ist zu betrachten, ob das mit der Vorflut an den einzelnen Punkten funktioniert. Bei einem Baugebiet kann der Ortschaftsrat mehr Einfluss nehmen, als beim Bau eines einzelnen Hauses. Der Ortschaftsrat kann darüber entscheiden, wie groß die Entwicklung in Einsiedel sein soll.

Zwei Anlieger des „Frankebaches“ erklären ausführlich die jetzige Situation, die Entwicklung und Veränderung dieses Baches im Zusammenhang mit dem Baugebiet „Waldsiedlung“. Weiter wie das Einzugsgebiet verläuft und wie die Abflüsse funktionieren bzw. einmal vorhanden waren. Sie sprechen über die Einleitgenehmigung und bemängeln die jetzigen Zustände. Sie berichten über den Schriftverkehr mit den Behörden und den Problemen mit den Nachbarn. Zum Verlauf des Gewässers und des Weges werden Karten den Ortschaftsrat vorgelegt.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt, dass er sich bemüht hat in diesem Bereich eine Lösung zu finden, was aufgrund aller Beteiligten, aber nicht möglich war. Er erklärt, warum es in diesem Bereich Probleme gibt und wie mit den Beteiligten über eine Problemlösung beraten wurde. Die Vorschläge wurden von den Anwohnern abgelehnt, was er auch den Ortschaftsräten in der Sitzung, am 01.09.2015, bekanntgegeben hat. Er erklärt die Maßnah-

men der Stadt Chemnitz, die bis jetzt durchgeführt worden sind. Er betont, dass das geplante Baugebiet abwasserseitig mit dem Frankebach nichts zu tun hat.

Eine Anwohnerin fragt zur Verfahrensweise an, ob das eine Ergänzungssatzung für den Flächennutzungs- und Bebauungsplan ist. Sie möchte wissen, was ergänzt wird und spricht den §13 an. Sie bemängelt, dass viele Dinge nicht mit berücksichtigt wurden. Weiter möchte sie wissen, welche Verfahren nach Beschluss eingeleitet werden, wer eine Stellungnahme abgibt und ob eine Genehmigungsfreistellung oder ein Bauantrag erfolgt.

Dazu antworten Frau Heinrichs und Frau Tümpel wie folgt:

Es wird ein vereinfachtes Verfahren für die Ergänzungssatzung zum Baugebiet „Am Frankebach“ geben. Damit wird der Ortsteil Einsiedel ergänzt. Die Ergänzungssatzungen sind auch Bauleitpläne. Es wird eine Auslegungsfrist von einem Monat für die Bürger geben. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange werden innerhalb 4 Wochen erwartet. Sind keine Belange vorhanden, müssen diese sich nicht äußern. Für die Häuser muss ein Bauantrag eingereicht werden, über diesen wird auch die ganze Ver- und Entsorgung sowie eine Regenwasserrückhaltung geregelt. Es ist keine Ergänzung zum B-Plan der „Waldsiedlung“.

Ein Anwohner der „Waldsiedlung“ erklärt die Hochwassersituation 2012 durch den „Frankebach“ auf seinem Grundstück und bittet bei der Änderung des Bebauungsplanes eine Maßnahme zu ergreifen, damit so eine Überflutung nicht mehr entstehen kann.

Es kommt zu einer Diskussion, was die technische Lösung betrifft, an der sich Herr Hüttner und der Ortsvorsteher Herr Ulbrich beteiligen. Es wird vorgeschlagen diese Möglichkeiten Vorort zu besprechen, um diese Probleme separat zu klären.

Eine Anwohnerin macht darauf aufmerksam, dass noch keine Genehmigungen von den Anwohnern für die Durchleitung der Medien vorliegen.

Herr Hüttner antwortet, dass die Genehmigung der Anwohner nicht notwendig sind, da die Medien an der Eibenberger Straße angebunden werden.

Der Ortschaftsrat Herr Boden macht noch einmal ausführlich auf die Situation bei Starkregen aufmerksam.

Abschließend antwortet der Ortsvorsteher Herr Ulbrich, dass die Verhältnismäßigkeit gesehen werden muss. Es wurde eine Abstimmung mit den Nachbarn getroffen und es wurde versucht den „Frankebach“ dort zu entlasten. Es soll eine zusätzliche Wasserrückhaltung geplant werden. Das Problem, dass das Wasser von den Feldern in den „Frankebach“ läuft, hat mit dem Baugebiet nichts zu tun.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat Einsiedel stimmt der Vorlage B-025/2016 – mit 8 x Ja / 2 x Nein / 1 Enthaltung -mehrheitlich – unter folgender Begründung zu.

Der Ortschaftsrat Einsiedel macht darauf aufmerksam, dass die Regelung von versiegelten Flächen zur Grundstücksgröße eingehalten wird. Er fordert, dass eine Maßnahme für eine Regenwasserrückhaltung geplant und die Flächenversiegelung geregelt bzw. begrenzt wird.

4.2 Vorlagen zur Einbeziehung

4.2.1 Nahverkehrsplan „Teilraum Chemnitz“ als Bestandteil des Nahverkehrsplans des ZVMS

Vorlage: B-002/2016

Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Ortsvorsteher Herr Ulbrich den Amtsleiter des Verkehrsplanungsamtes Chemnitz Herrn Bräuer und Frau Lull (ÖPNV) vom Amt 66.6 und übergibt ihnen das Wort.

Herr Bräuer erklärt ausführlich die wesentlichen Punkte des Inhaltes der Vorlage,

wie die Verkehrsplanung und die Zeitschiene aussehen und die Gründe der Änderungsvorlage. Er verweist darauf, dass die gesamte Vorlage im Internet abrufbar ist. Diese Vorlage wird Ende Januar zum Beschluss dem Stadtrat vorgelegt.

In einer Präsentation werden die wesentlichen Punkte des Chemnitzer Modells – Stufe 2 (Ausbau Chemnitz – Thalheim) die Einsiedel betreffen und wie der Ausbau erfolgen soll, von Frau Lull erklärt.

Es ist so geplant, dass man mit dem Anschluss 22:45 Uhr von der Zentralhaltestelle zukünftig alle Stadtteile noch erreicht, das kann auch über das Linientaxi erfolgen. Für Einsiedel sind zusätzliche Haltestellen im Bereich der Kurt-Franke-Straße, am August-Bebel-Platz und an der Brauerei Einsiedel geplant. Es wird zwei Verknüpfungsstellen geben, einmal am Bahnhof Reichenhain und am Bahnhof Einsiedel. Die Linie 53 bedient weiterhin stündlich im Ringverkehr den Bereich Berbisdorf und Eibenberg. Zu Schulanfangs- und -endzeiten wird dieser Bus auch bis zum Gymnasium Einsiedel fahren, damit wird auch die Haltestelle an der Kindertagesstätte Einsiedel mit bedient. Es ist geplant die Hälfte der Fahrten bis Bahnhof Einsiedel und die andere Hälfte bis Gymnasium Einsiedel anzubieten.

Weiter erklärt sie, wie zukünftig die Planung am Bahnhof Einsiedel aussehen wird. Es kommt zu einer unwesentlich längeren Reisezeit vom Bahnhof Einsiedel bis zur Zentralhaltestelle. Aufgrund der Einwohnerdichte soll Einsiedel im Halbstundentakt bedient werden. An Wochentagen beginnt der Frühverkehr 4:45 Uhr und geht bis 21:45 Uhr. Danach beginnt der 60-min-Takt. Die letzte Bahn wird von Einsiedel 22:15 Uhr fahren.

Dazu möchte der Ortschaftsrat Herr Boden wissen, wie der Planungsablauf ist und wann der Baubeginn auf der Reichhainer Straße sein wird und ob zu diesem Zeitpunkt die Frauenhofer Straße komplett fertig sein wird. Er macht auch auf den Baubeginn der Abwasserbecken aufmerksam, darauf sollte in der Planung auch Wert gelegt werden.

Herr Bräuer kann dazu keine konkrete Aussage treffen, da dieses nichts mit dem Nahverkehrsplan zu tun hat. Nach seinem Kenntnisstand soll im Frühjahr begonnen werden. An den Umleitungsplänen wird gearbeitet, sie sind ihm aber nicht bekannt. Er wird noch einmal über die Bauzeiten den Ortschaftsrat informieren.

Auf Anfrage von Ortschaftsrat Herrn Boden erläutert Herr Börner, dass die Verkehrszonen in Richtung Burkhardtsdorf so erhalten bleiben.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich ist der Meinung, dass das Chemnitzer Modell eine gute Sache ist und wird für Einsiedel und Berbisdorf eine Verbesserung bringen. Das Problem in Chemnitz besteht in der Anbindung des überregionalen Verkehrs.

Ein Einwohner möchte wissen ob die Umsteigezeiten aus Richtung Berbisdorf / Eibenberg besser werden. Ihm ist bekannt, dass Schüler aus Berbisdorf zurzeit in die Schulen nach Burkhardtsdorf / Thalheim eine Umsteigezeit haben, die länger ist, als die gesamte Fahrzeit. Seines Erachtens gehen die meisten Schüler nach Burkhardtsdorf, Thalheim und Zschopau in die Schule. Weiter fragt er an, ob die Linien nach Gelenau und Zschopau noch aufgenommen sind.

Frau Lull und Herr Bräuer erklären, dass die Zukreuzung am Bahnhof Reichenhain stattfindet. Der Probefahrplan ist so ausgelegt, dass es in Richtung Chemnitz funktioniert. Es wird nach wie vor diesen Ringverkehr (Eibenberg, Berbisdorf) der an die Bahn angepasst werden sollte, geben. Allerdings mit einem kleinen Aufenthalt an der Endhaltestelle. Die Weiterfahrt in Reichenhain ist auf die Bahn nach Chemnitz ausgerichtet, so dass die Bahn in Gegenrichtung relativ schnell kommen müsste. Berbisdorf zählt zur Kategorie 4, wird daher im Stundentakt angeboten. Einsiedel selbst ist in der Halbstundenkategorie geplant. Die Linien nach Gelenau und Zschopau sind in der Planung des VMS vorhanden, es kann aber dazu keine Aussage getroffen werden. Diese Linien werden vom Verkehrsverbund bestellt. Der

Hinweis zum Schülerverkehr wird mit aufgenommen.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich betont, dass der Hinweis zum Schülerverkehr sehr wichtig ist, da er von Einsiedel nach Thalheim, Burkhardtsdorf und Zschopau stattfindet und nicht in die Stadt Chemnitz.

Der Ortschaftsrat Herr Ehinger möchte wissen, wann die Baumaßnahmen am Bahnhof Einsiedel und den anderen Haltestellen geplant sind. Dazu wird erklärt, dass der VMS den Auftrag für die Planung der Eisenbahnstrecke bereits ausgelöst hat. Im Jahr 2018 sollen die Baumaßnahmen beginnen und die Fertigstellung soll mit Fahrplanwechsel im Dezember 2019 sein.

Der Ortschaftsrat Herr Mittenzwey macht darauf aufmerksam, dass die Zonen von Chemnitz nach Thalheim außer Acht gelassen wurden.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt, dass die Zonen so erhalten bleiben, dieses ist auch auf der Strecke nach Stollberg so.

Auf eine Anfrage eines Einwohners erklärt Frau Lull, dass die Bahn dann durch eine Straßenbahn ersetzt wird und im Halbstundentakt durchfährt. Die Linie 53, wenn sie bis Gymnasium Einsiedel durchfährt, hält dann trotzdem am Bahnhof Einsiedel.

Eine Anwohnerin fragt an, wie der Ausbau der Straßen „Am Einsiedler Bahnhof“ und „Wiesenufer“ geplant ist. Weiter ist sie informiert, dass auf ein Schallschutzgutachten an der Reichenhainer Straße verzichtet wurde und möchte wissen wie es bei den Baumaßnahmen in Einsiedel ist. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Vermessungsdaten zu den Grundstücksgrenzen im Plan nicht mit ihren identisch sind.

Frau Lull antwortet, dass der vorgelegte Plan beschreibt, wie der Verkehr am Bahnhof Einsiedel funktioniert. Die genaue Planung wird noch erfolgen und in einem Aufstellungsbeschluss ausgelegt. Das Problem der Straßen ist bereits bekannt.

Für die Reichenhainer Straße wurde ein komplettes Schallschutzgutachten erstellt. Es könnte nur die Bernsdorfer Straße betreffen, diese gehört nicht zum Neubaufvorhaben. Die Eisenbahnstrecke wird geplant und über ein Planfeststellungsverfahren genehmigt, damit ist ein Schallschutzgutachten zwingend erforderlich.

Der VMS ist für die Maßnahme zurzeit in der Leistungsphase II. Eine sogenannte qualifizierte Aufgabenstellung ist gemacht worden, das bedeutet eine grobe Planung wurde gemacht. Die eigentliche Planung wird jetzt erst erstellt und wenn keine ausreichenden Vermessungsunterlagen vorliegen, wird eine neue Vermessung durchgeführt.

Auf Anfrage eines Anwohners erklärt Frau Lull, dass der letzte Anschluss 22:45 Uhr sich auf Berbisdorf und Eibenberg bezieht. Die Chemnitzbahn fährt länger, die letzte Abfahrt von der Zentralhaltestelle wird 0:45 Uhr sein, das wird für Einsiedel ein Vorteil sein. Die Buslinie 53 von Einsiedel nach Altchemnitz wird dann eingestellt, verkehrt also nur noch von Berbisdorf / Eibenberg bis Gymnasium Einsiedel.

Es wird angefragt, ob die Parkplätze am Bahnhof Einsiedel nur für PKW's angelegt werden, dieses wird von Herrn Bräuer bestätigt.

Eine Einwohnerin möchte wissen, da Flüchtlinge in Einsiedel dazugekommen sind und die deutsche Sprache nicht beherrschen, wie das mit dem Anruftaxi funktionieren soll und ob es dann Piktogramme gibt. Generell gibt es noch keine Lösung, dass wird auch ein Problem der CVAG sein. Aber dieser Hinweis wird von Herrn Bräuer aufgenommen.

Weiter möchte sie noch wissen, ob die beiden auch Ansprechpartner für die neue Linie 92 (Dittersdorfer Weg – Rathaus Einsiedel) die die Straße zusätzlich belastet und keiner mitfährt, sind. Dazu sind sie keine Ansprechpartner, da diese Linie direkt von der Landesdirektion bestellt worden ist und sie wird auch nicht von der Stadt Chemnitz finanziert.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt noch einmal, welche Probleme im Zusammenhang dieser Linie, der Linie 53 und des Anruftaxis bestehen, leider konnten sie noch nicht geklärt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat Einsiedel stimmt der Vorlage B-002/2016 – einstimmig - mit 11 x Ja zu.

Damit bedankt sich der Ortsvorsteher Herr Ulbrich für die Ausführungen bei Herrn Börner und Frau Lull und verabschiedet diese.

5. Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2016

Die Gelder für den Ortschaftsrat Einsiedel sind wie im letzten Jahr. Was genau in das Haushaltjahr 2016 übertragen werden kann ist noch offen, da noch Rechnungen aus dem Jahr 2015 erwartet werden. Damit kann noch keine exakte Abrechnung erfolgen.

Da am 05.02.2016 noch einmal Änderungen der Verwaltung zum Haushaltsplan 2016 kommen werden, schlägt der Ortsvorsteher Herr Ulbrich vor, dass dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung, am 23.02.2016 noch einmal behandelt wird und erst dann zur Abstimmung kommt. Die Beschlussfassung im Stadtrat ist am 02.03.2016, bis dahin müssen die Stellungnahmen und die Änderungsanträge vorliegen.

Die Haushaltsmittel für die Grundschule Einsiedel und der Kindertagesstätte Einsiedel sind noch offen.

Der Ortschaftsrat Herr Hänel berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Mittel von 3000,00 € für die Pflege der Grünflächen fast ausgegeben wurden. Verwendet wurden die Mittel für die Bepflanzung der Heimbuchenhecke „Am Plan“, die Erneuerung der Schrift am Kriegsgräberdenkmal und am Denkmal „Ewige Mahner“ sowie für Holz am Wassertretbecken.

Herr Boden fragt im Zusammenhang mit der Sitzung des Betriebsausschusses an, ob es nicht jetzt einmal notwendig wäre die Eigenkapitalverzinsung abzusenken. Ein weiteres Thema ist der grundhafte Ausbau der Straßen. Es muss eine Forderung kommen, was zutun ist und wenn über den Haushalt diskutiert wird, ist dieses ein ganz wichtiger Punkt.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich antwortet, dass es beim Thema Eigenkapitalverzinsung Vor- und Nachteile geben kann. Dieses muss der Stadtrat bzw. die Verwaltung entscheiden, es ist nicht frei wählbar. Das ist kein Thema für den Haushalt des Ortschaftsrates.

Das Straßenbaubudget ist zu klein, dass wurde mehrfach diskutiert, ist aber ein wichtiger Diskussionspunkt. Es kann in den Forderungen, mit aufgenommen werden, wichtig ist auch die Deckensanierung auf der Hauptstraße.

6. Stellungnahme zu Bauvorhaben im Ortsteil Einsiedel

Bau zweier einzeln stehender Einfamilienhäuser

Dazu erklärt der Ortsvorsteher Herr Ulbrich, dass das Bauvorhaben das Gelände der Brauerei betrifft. Die Vermessung der beiden Grundstücke ist schon vor Jahren erfolgt. Das bedeutet, wenn gebaut wird, der Platz auf dem der Ortschaftsrat jetzt seine Feste gefeiert hat, verloren geht. Wenn alle Beteiligten, einschließlich der Eigentümer, sich einig sind auf dieser Fläche zu bauen, kann der Ortschaftsrat nichts machen.

Der Ortschaftsrat Herr Boden macht auf das Problem mit der Entwässerung aufmerksam.

Auf dem Fußweg verläuft der „Frankebach“.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert sagt zum Umfeld, dass der „Frankebach“ schräg gegenüber verläuft. Bei den gegenüberliegenden Häusern hat bei Hochwasser das Wasser im Keller gestanden. Das Gelände Viktoria und das Grundstück der Familie Unger war überflutet, es ist ein sehr sensibler Bereich, diese Bedenken müssen unbedingt schriftlich dargelegt werden.

Folgende Stellungnahme wird an das Baugenehmigungsamt weitergeleitet:

Der Ortschaftsrat Einsiedel macht darauf aufmerksam, dass es im Bereich dieses Grundstückes zu Problemen der Entwässerung durch den „Frankebach“ kommen kann. Es wird darauf hingewiesen, dass der „Frankebach“ schräg gegenüber verläuft. Bei den gegenüberliegenden Häusern hat bei Hochwasser das Wasser im Keller gestanden. Das Gelände Viktoria und das Grundstück der Familie Unger war überflutet. Der Ortschaftsrat Einsiedel sieht es als kritisch an, dass dort eine Bebauung stattfindet.

7. Informationen des Ortsvorstehers

Einsiedler Weihnachtsfeier 2015

Die Auswertung der Einsiedler Weihnachtsfeier 2015 wird am 26.01.2016, 18:15 Uhr in der Grundschule Einsiedel stattfinden.

Erstaufnahmeeinrichtung Einsiedel

Die Belegung ist am 05.01. und am 07.01.2016 erfolgt. Wobei der Ortsvorsteher Herr Ulbrich mit der großangelegten Polizeiaktion, am 07.01.2016 nicht einverstanden war. Die Einwohner von der Scholl-Straße konnten 3 - 4 Stunden ihr Grundstück nicht verlassen bzw. betreten. Dieses wurde auch den Verantwortlichen bereits mitgeteilt.

Die Belegung ist zurzeit 23 Kinder unter 3 Jahren, 108 Kinder bis 15 Jahre, 60 Jugendliche bis 18 Jahre und 65 Erwachsene.

Mit Herrn Darmstadt, von der Landesdirektion, wurde versucht eine Form der Bürger-sprechstunde zu finden. Bis heute steht die Abklärung mit dem DRK noch aus. Er wird dieses weiter versuchen zu organisieren, so dass ab nächster Woche die Sprechstunde im Rathaus Einsiedel stattfinden kann. Es kann auch eine Sonderausgabe des Einsiedler Anzeigers erscheinen, um alles einmal für die Einwohner bekannt zu machen.

Die Ortschaftsräte Herr Boden und Herr Hähle stellen sich für die Sprechstunde, am 19.01.2016, von 16:00 – 18:00 Uhr, als Ansprechpartner zur Verfügung.

8. Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

Der Ortschaftsrat Herr Mittenzwey fragt an, ob mit der Firma ARGUS (Eigentümer des Pyramidenstandortes) gesprochen werden kann, dass sie die Hecke einzukürzen, damit Kinder die im Kinderwagen sitzen, die Pyramide auch sehen können.

Weiter fragt er an, da im unteren Ortsteil sehr viele Werbetafeln von der Stadt und Bauträgern stehen, ob dieses Geld nicht anders verwendet werden kann.

Zu dem spricht er an, dass die Ortschaftsmitglieder keine Informationen zur Belegung der Erstaufnahmeeinrichtung erhalten haben und möchte wissen, ob der Ortsvorsteher Herr Ulbrich darüber informiert wurde.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich berichtet, dass er eine SMS von Herrn Darmstadt erhalten hat, nachdem die Flüchtlinge eingezogen waren. Damit wurde er über die Anzahl der Flüchtlinge informiert.

Der Ortschaftsrat Herr Boden berichtet dazu, dass er am 07.01.2016, auf dem Weg zur Erstaufnahmeeinrichtung, am Gärtnerieiweg sich ausweisen musste, was auch überprüft worden ist. In der Erstaufnahmeeinrichtung angekommen, wollte er einen Ansprechpartner vom DRK sprechen, daraufhin wurde ihm nur ein Zettel mit zwei Telefonnummern ausgehändigt. Er musste feststellen, dass dieses nicht der versprochenen Zusammenarbeit entspricht, das ist beschämend. Er ist informiert, dass an diesem Tag auch Herr Bergmann und Herr Runkel vom Ordnungsamt in der Erstaufnahmeeinrichtung waren.

Er bemerkt, dass man den Polizeieinsatz intelligenter organisieren hätte können, als das die Bevölkerung so unter Druck gesetzt wurden ist. Er musste feststellen, dass auch Gäste die die Waldklausen besuchen wollten, an der Ecke Anton-Herrmann-Straße / Altenhainer Allee aufgehalten wurden.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle macht darauf aufmerksam, dass dem Ortschaftsrat zur Einwohnerversammlung Zusammenarbeit und Transparenz versprochen wurde.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich hat sich über die relativ überzogene Polizeiaktion bei Herrn Darmstadt beschwert, welches auch von ihm und der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig so empfunden wurde. Es kann nicht bei jedem Einzug so einen Polizeieinsatz stattfinden, das wurde den Beteiligten auch so mitgeteilt. Informationen zur Erstaufnahmeeinrichtung, die er erhält, wird er im Ortschaftsrat und auf der Internetseite des Ortschaftsrates bekannt geben. Die Zusammenarbeit muss verbessert werden und er berichtet, dass die Flüchtlingshilfe auch schon aktiv ist und Kontakt zur Erstaufnahmeeinrichtung gesucht hat.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll informiert, dass er auch diese Telefonnummern besitzt. In den letzten zwei Wochen waren sehr viele Einsiedler in der Erstaufnahmeeinrichtung und haben die Kleiderkammer eingerichtet. Es stehen 102 Flüchtlingshelfer auf der Liste. Er hat über Facebook an den Wehrleiter Herrn Katzmann eine Antwort geschrieben und betont, dass man sich bei Herrn Katzmann fragen muss, wie er in das Amt kommt und ob er dort hingehört.

Weiter berichtet er, dass er eine kleine Rundführung in der Erstaufnahmeeinrichtung bekommen hat, dazu wurde aufgenommen, was noch gebraucht wird. Am 13.01.2016 findet ein Treffen mit Vertretern der Flüchtlingshilfe Vorort statt. Die Leiterin der Einrichtung wurde in der vorigen Woche nicht angesprochen, da sie andere Probleme hatte. Es wird jetzt so anlaufen, dass auch der Ortschaftsrat sich Vorort ein Bild machen kann, das ist ganz hilfreich, um die Angst zu verlieren. Er wünscht sich für die Bürgersprechstunde, dass man auch anonym über den Briefkasten des Ortschaftsrates, Wünsche, Anregungen und Beschwerden einreichen kann. Konkret meint er, wenn jemanden was auffällt im Ort, wo es Probleme gibt (im Supermarkt oder auf der Straße). Es wäre hilfreich, dass dann eine kompetente Person die Probleme klärt.

Er denkt, dass man auf einen guten Weg ist und alle mithelfen müssen. Dabei betont er, dass eigentlich nicht alle mithelfen müssen, dass nur alle die Füße still halten sollten. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass er viele Anfragen von Leuten aus Einsiedel erhält, was man tun kann, damit der Infostand verschwindet. Er findet, dass dieser dem Ort eher negativ anhängt. Er sieht dort viele Leute mit schwarz-weiß-roten Häkelmützen, grimmige Leute. Viele berichten von Menschen, die sie aus dem Ort gar nicht kennen und er hofft, dass hier von den Anwesenden noch ein paar Anregungen dazu kommen. Nicht von denen, die dafür sind, dass die Flüchtlinge wieder gehen, sondern von denen, die möchten, dass der Infostand weg geht. Die auch was gegen die Demonstration am Mittwoch sagen und deren Art der Gestaltung.

Die Ortschaftsrätin Frau Barthold gibt dem Ortschaftsrat Herr Stoll recht und berichtet, dass sie gemeinsam in der Flüchtlingshilfe Einsiedel sind. Sie bemerkt, dass es auch bestimmt noch Anfragen an sie zu der Stellungnahme geben wird, aber dieses verschiebt sie auf später.

Sie informiert, dass viele Einsiedler und Nichteinsiedler die Flüchtlingshilfe unterstützen wollen. Diese Leute bzw. der Ortschaftsrat sind nicht gegen Ausländer, sie wollen Familien haben, die jetzt auch in der Erstaufnahmeeinrichtung sind. Sie und eine Oma waren heute in der Erstaufnahmeeinrichtung Einsiedel, haben die Kinderbetreuung für 2 Stunden übernommen, da das Spielzimmer eröffnet wurde. Die Kinder haben sich sehr darüber ge-

freut, aber leider waren auch gleich ein paar Spiele weg, weil sie es nicht anders kennen. Sie betont, dass alles erst mal anlaufen muss. Die Einsiedler müssen gemeinsam etwas tun und nicht gegeneinander. Sie kennt Leute, die gern mit helfen möchten, aber anonym bleiben wollen, weil sie Angst haben. Das kann nicht sein, das darf nicht passieren.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle ist nicht der Meinung, dass die Mehrheit des Ortes die Flüchtlingshilfe verurteilt. Die Flüchtlinge, wenn sie einmal da sind, dürfen in diesem reichen Land nicht verhungern und erfrieren. Die Kinder können erst recht nichts dafür. Was ihm besonders ärgerlich macht, ist unsere Politik und nicht die Flüchtlinge, die im Großen und Ganzen nichts dafür können. Diese wurden vom Amerikaner zerbombt und damit ihre Infrastruktur zerstört, wenn sie nicht zufällig aus Albanien kommen. Diesen Leuten müssen wir helfen. Die Politik muss aber dafür sorgen, dass die Leute unsere Sprache lernen, damit sie am Leben hier teilnehmen können. Sie müssen an die Sitten und Gebräuche in diesem Land herangeführt werden. Es kann nicht sein, dass Frauen belästigt werden und das man Einbrüche macht, das ist bestimmt auch nur eine kleine Menge von diesen Leuten. Wir müssen fordern, dass die Laienhaftigkeit in Berlin abgelegt wird und dass endlich mal Maßnahmen ergriffen werden, dass dieser Eklat der passiert ist, nicht noch weiter geht.

Der Ortschaftsrat Herr Boden sagt, dass Flüchtlingshilfe gemacht werden kann, man muss aber wissen, wem man hilft. Dieses wurde wieder in der letzten Woche bestätigt. Es ist kein Überblick der Gesamtsituation vorhanden, dieses ist aber die Grundvoraussetzung, wenn man Flüchtlingshilfe machen will. Deshalb haben auch die Flüchtlingshelfer nicht nur Befürworter.

Dazu ergänzt der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert, dass man nur die Leute kennenlernen kann, wenn man zu ihnen geht und mit ihnen redet.

Die Ortschaftsrätin Frau Barthold weist darauf hin, dass von Integration gesprochen wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass jetzt Familien da sind und man nicht sagen kann, dass man diese Leute nicht kennt. Sie war in der Erstaufnahmeeinrichtung und die Kinder haben auch alle einen Ausweis. Die Frage steht, ob wir gemeinsam etwas tun wollen oder ob sie wieder fortgeschickt werden sollen und dann verhungern müssen. Sie erklärt, dass auch die Deutschen mit ihrer Waffenindustrie die Kriege mitmachen. Sie wurde vom MDR interviewt, dort hat sie dieses auch öffentlich gesagt, dass sie nicht mit den Einsätzen in Syrien einverstanden ist, aber dieses wurde nicht gesendet.

9. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin berichtet, dass sie im Urlaub von Leuten aus Münster angesprochen wurde, ob sie aus dem Ort kommt, wo die ganzen „Nazis“ sind. Nach Nachfrage, wie solche Aussagen entstehen, wurde auf die Ehrung der Ortschaftsrätin Frau Barthold, auf dem SPD-Parteitag, hingewiesen. Deshalb möchte sie nun von der Ortschaftsrätin Frau Barthold wissen, wie und gegen welche „Nazis“ sie im Ort kämpft. Sie kennt die Ortschaftsrätin Frau Barthold schon sehr lange und weiß dass sie die Begegnungsstätte Einsiedel leitet, ihre Aufgabe dort gut macht und ist jetzt, was sie von sich gegeben hat, schockiert. Sie sollte sich bewusst sein, dass sie eine Vertreterin des Volkes ist.

Die Ortschaftsrätin Frau Barthold antwortet darauf, dass sie das Wort „Nazis“ nicht gesagt hat. Sie hat gesagt: „Ich tue das für alle.“

Eine Einwohnerin informiert, dass die Ortschaftsrätin Frau Barthold zu einer Aussprache ins „Cafe zur Talsperre“, am 14.12.2015, eingeladen wurde. Dort wurden von ihr konkret zwei Fragen an die Ortschaftsrätin Frau Barthold gestellt, die unbeantwortet geblieben sind. Dazu erklärt sie, dass in Berlin gesagt wurde, dass Frau Barthold gegen die Nazis kämpft. Jetzt möchte sie von ihr wiederholt wissen, wie sie das tut.

Weiter geht sie darauf ein, dass die Ortschaftsrätin Frau Barthold erzählt hat, dass sie in der Erstaufnahmeeinrichtung heute war und dass nur Familien dort untergebracht sind. Dazu betont die Einwohnerin, dass jetzt dort nur Familien untergebracht sind, ist der Bür-

gerinitiative Einsiedel und dem Infostand zu verdanken, da sie gemeinsam dafür gekämpft haben. Sie hat die Ortschaftsrätin Frau Barthold nicht mit in den ersten Reihen gesehen und deshalb möchte sie wissen, was sie vorher für die Flüchtlingshilfe getan hat. Sie fragt sie, ob sie an der Grenze gestanden, tagtäglich Flüchtlinge aufgenommen oder ihnen Essen verabreicht hat. Sie war diejenige die die Auszeichnung entgegengenommen hat.

Die Ortschaftsrätin Frau Barthold bemerkt dazu, dass sie zur Veranstaltung, am 14.12.2015, gesagt hat, wie sie zu der Auszeichnung gekommen ist. Dieses wurde auch von einem Vertreter der Bürgerinitiative Einsiedel notiert. Sie hat zu dieser Veranstaltung Rede und Antwort gestanden. Sie war bereit, am 16.12.2015, zur Demonstration vorm Rathaus eine Stellungnahme abzugeben. Dann wäre die Information gekommen, dass die Stellungnahme bis zum 15.12.2015 abzugeben ist, damit die Bürgerinitiative die Rede durchlesen kann. Die Bürgerinitiative wollte auch diese Rede verlesen, was von der Ortschaftsrätin Frau Barthold abgelehnt wurde, da sie selbst reden wollte.

Mehre anwesende Vertreter der Bürgerinitiative Einsiedel widersprechen dieser Aussage. Es wird klargestellt, dass der Ortschaftsrätin Frau Barthold angeboten wurde, dass die Stellungnahme von der Bürgerinitiative Einsiedel verlesen werden kann und das ist ein großer Unterschied.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert regt an, nicht über die Person, sondern über die Sache zu reden. Wobei hier von Einwohnern eingeworfen wird, dass man erst durch die Person in Verruf gekommen ist. Die Ortschaftsrätin Frau Barthold hat sich nicht davon distanziert, dass alle „Nazis“ sind und es auch nicht richtig gestellt.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert macht auf Aussagen, die bei Facebook zu lesen sind aufmerksam und betont, dass man dort schlecht Einfluss nehmen kann. Einige Einträge verliest er und erklärt, wenn solche Sachen in den sozialen Medien stehen, darf sich keiner wundern, wenn in der Öffentlichkeit, von dem der nicht Vorort ist, ein bestimmtes Bild entsteht. Dieses Bild muss widerlegt werden.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Einsiedel macht den Ortschaftsrat Herrn Dr. Neubert darauf aufmerksam, dass die Aussage, wonach die Einsiedler als „Nazis“ bezeichnet worden sind, vom Vizekanzler gemacht wurde und nicht von Facebook.

Zur Aussage von Herrn Gabriel erklärt der Ortschaftsrat Herr Hähle, dass er schockiert war, dass der Stellvertreter von Angela Merkel, eine solche Rede vom Stapel lässt. Natürlich ist es klar, es war eine Wahlkampfveranstaltung. Was ihm ärgert ist, dass die Ortschaftsrätin Frau Barthold vorgeführt wurde, aber sie hätte das Mikrofon in die Hand nehmen müssen und sagen, dass das so nicht geht.

Eine Einwohnerin macht noch einmal auf die Einwohnerversammlung, am 30.09.2015, aufmerksam, in der 2,5 Stunden sachliche Fragen gestellt wurden und die Einwohner zwei Antworten darauf bekommen haben. Eine war, dass es unsere Pflicht ist, Flüchtlinge unterzubringen und dass die Politik in Berlin gemacht wird. Es wurde nicht eine ordentliche Aussage getroffen. Es wurde keine Politik mit oder für die Bürger gemacht, noch war es auf Augenhöhe, noch mit Augenmaß. Darauf wurde beschlossen, schweigend auf die Situation aufmerksam zu machen. Sie hat gehofft, dass die Landesdirektion Sachsen sich es noch einmal überlegt. Das Gelände noch einmal angeschaut wird, um einzusehen, dass dieses für die Flüchtlinge und für die Einwohner eine Zumutung ist. Die Einwohnerversammlung, am 29.10.2015 fiel nicht viel anders aus. Bis dahin wurde nichts anderes gemacht, als von dem Grund- und Meinungsrecht Gebrauch zu machen. Sie hat immer gehofft, dass jemand zu hört, doch bisher hat es noch keiner getan. Der Ortschaftsrat sollte über den Ablauf informiert werden, dieser weiß aber von nichts. Sie betont, dass die Flüchtlingshilfe nicht abgestritten werden soll. Sie sagt: „Sehr wohl können wir hier Flüchtlinge und Flüchtlinge unterscheiden, aber was wahrscheinlich unsere Politiker nicht können, Bürger von Bürger zu unterscheiden.“

Sie hat bei der Veranstaltung mit Herrn Ulbig und Herrn Dietrichs von der Landesdirektion gesprochen und darum gebeten, nur Familien in die Erstaufnahmeeinrichtung unterzubringen und hat auch auf die Bedingungen der Einrichtung aufmerksam gemacht.

Sie fragt an, da in einer Erstaufnahmeeinrichtung gekommen und gegangen wird, wie im

Ort eine Integration stattfinden soll. Es wurde darum gebeten, Familien für einen längeren Zeitraum unterzubringen, damit man integrieren kann. Es gibt keine Nachricht in Funk- und Fernsehen, die ihr die Angst nimmt und Zuversicht für die Zukunft gibt.

Sie macht auf die Aussage vom Ortschaftsrat Herr Stoll aufmerksam, dass die Hilfe zur entsprechenden Zeit gemacht wird, aber den Einsiedlern ärgert die Politik, dass sie benutzt werden und dieses nichts mit Dialog zu tun hat. Sie fragt, was die Geschichte von Einsiedel mit dem Dialog, der Politik und der Regierung zu tun hat. Sie war froh, dass 1989 in einem demokratischen Staat übergegangen wurde, aber es nützt nichts, wenn man sagen darf, was man will und damit nichts ändern kann, nicht einmal den anderen zum Nachdenken bringen kann.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll erklärt, dass offensichtlich durch die Bürgerinitiative Einsiedel vieles bewegt wurde und die reduzierte Obergrenze auch dieser Bewegung zu verdanken ist. Es sieht im Moment seiner Meinung nach so aus, auch wenn das Erstaufnahmeeinrichtung sich nennt, dass diese Leute eine Weile dort bleiben, da viele Asylanträge nicht bearbeitet sind. Er hat Facebook abgeschaltet und ist dazu übergegangen nur mit Leuten persönlich zu sprechen, dieses hat ihm sehr viel Ruhe gebracht.

Eine Einwohnerin möchte von ihm wissen, mit welchen Personen er gesprochen hat. Mit Leuten die zur Demonstration ruhig, sachlich und kritisch gehen, aber positiv die Zukunft betrachten. Warum sie dort stehen und was diese Leute bewegt. Sie betont, dass es nichts mit Achtung zu tun hat, wenn Herr Gabriel die Einsiedler in Verbindung mit Nazis bringt. Es ist ihr egal ob „in“ oder „aus“ Einsiedel. Gerade von einem Politiker muss man erwarten, dass er auch die Meinung der anderen zulässt, ob sie gefällt oder nicht.

Dazu erklärt der Ortschaftsrat Herr Stoll, dass er mit sehr vielen Leuten gesprochen hat, mit den Anwohnern der Scholl-Straße und dem Skiverein. Viele von denen sind bei den Demonstrationen dabei. Viele sagen auch, dass mit der Politik lief nicht gut und sie würden trotzdem etwas für die Leute tun. Bei der Geschichte mit Herrn Gabriel, so dumm wie das auch lief, gibt es in Einsiedel viel Geschrei, dass die Einsiedler als „Nazis“ beschimpft werden und dann laufen „Nazis“ durch den Ort.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll wird von einer Anwesenden gefragt, wenn er einen kennt, der durch den Ort läuft, was mit den anderen 3000 Einwohnern ist. Sie betont, dass diese einzelnen Personen überall sind und wären die Einsiedler, am 30.09.2015, gehört worden, wäre jetzt vielleicht alles anders. Die Einsiedler müssen jetzt gemeinsam den Ort so gestalten, dass es allen wieder gefällt, dass auch wieder Gäste hier her kommen, das ist das Ziel. Dafür müssen die Flüchtlingshelfer nicht im Vordergrund stehen, sondern es müssen auch die anderen akzeptiert werden, die mit der momentanen Politik nicht einverstanden sind. Man muss wieder ehrlicher zueinander sein und was ehrlich ist, kann auch manchmal wehtun.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll macht darauf aufmerksam, dass diese Leute extern sind und Einsiedel ein beliebtes Tourismusziel ist. Er betont, dass wir diese Leute jetzt erst nach Einsiedel geholt haben.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Einsiedel findet es gut, dass der Ortschaftsrat Herr Stoll die Flüchtlingshilfe macht, damit sind die Flüchtlinge auch beschäftigt. Er muss aber auch dazu sagen, dass die Flüchtlingshilfe genauso wie der Infopunkt und der Infostand ein legitimes Instrument ist. Der Infopunkt sollte von der Bürgerinitiative Einsiedel organisiert werden, dieses wurde angelehnt, dass macht jetzt der Ortschaftsrat, was auch befürwortet wird. Auch der Infostand hat seine Berechtigung in diesem Ort. In einem Gespräch mit Herrn Dietrichs wurde ihm bestätigt, dass in Deutschland die öffentliche Meinung so wahrgenommen wird, wer nicht dafür ist, ist „Nazi“.

Weiter wird von ihm noch einmal bestätigt, dass die Bürgerinitiative Einsiedel der Ortschaftsrätin Frau Barthold die Möglichkeit gegeben hat, eine Stellungnahme zu schreiben. Es wurde aber verlangt, dass die Rede am 15.12.2015, 19:00 Uhr vorliegt, da alle Reden kontrolliert werden. Bisher wurde noch keine Rede zensiert, alle können reden. Dieses wird auch noch einmal ausführlich von einem Vertreter der Bürgerinitiative Einsiedel bestätigt, dass das Angebot an die Ortschaftsrätin Frau Barthold stand, dort selber zu sprechen

oder die Rede vorlesen zu lassen. Keines von beiden ist umgesetzt worden.

Weiterhin bemängelt er den Einsatz der Polizei und den Einzug der Flüchtlinge, am 07.01.2016 und bemerkt, dass damit gezeigt wurde, wer hier das Sagen hat. Wenn monatlich 96.000,00 € bezahlt werden, dann hat natürlich das Land Sachsen die Pflicht, zu belegen. Er weiß auch nicht, wie das weitergehen soll, ob das nächste Mal wieder so ein Polizeiaufgebot sein wird. Er selbst ist 4 Stunden nicht nach Hause gekommen. Dieses findet er als Einschränkung seiner Persönlichkeitsrechte.

Ein Einwohner fragt den Ortschaftsrat Herr Stoll, da er gesagt hat, sie sollen die Ängste ablegen, ob er auch mal darüber nachgedacht hat, ob die Ängste begründet sind, vor allem nach den Vorfällen zu Silvester. Was soll geklärt werden, wenn im Ort etwas passiert, dann sollen sie sich bei Herrn Stoll melden. Er macht darauf aufmerksam, dass nicht geklärt ist, wenn ein Sachschaden entsteht, da die Flüchtlinge nicht versichert sind.

Zur Antwort liest der Ortschaftsrat Herr Stoll folgendes vor: "Flüchtlinge sind weder alle ver-gewaltigende Terroristen, noch alle unschuldige Engel. Flüchtlingskritiker sind nicht alle rassistische Nazis. Flüchtlingsunterstützer sind nicht alle deutsch anpassende Gutmen-schen."

Er denkt, dass dieses Schubladendenken abgelegt werden muss. Er stellt richtig, dass die Beschwerden die Leute im Bürgerbüro entgegennehmen sollen, er nicht. Ihm ist nur wichtig, dass die Probleme in Einsiedel nicht tabuisiert werden. Wenn es Probleme gibt, sollten diese öffentlich gemacht werden. Die Leiter der Flüchtlingshilfe haben gesagt, dass keine Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Es wird geholfen und nicht mit der Presse gesprochen. Es sind Kinder in der Erstaufnahmeeinrichtung denen es nicht so gut geht, aber es muss aufgepasst werden, dass wir unsere Kinder nicht benachteiligen.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll wird gefragt, woran er die „Nazis“ im Ort erkannt hat. Darauf antwortet er, dass sich bei ihm die Leute melden und sich beschweren, aber nicht um Nennung bitten. Für ihn sind das Leute, die provokativ mit schwarz-weiß-roten Häkelmützen unterwegs sind, die sortiert er dort ein. Dazu kommen noch Abzeichen und Körpersprache.

Von der Bürgerinitiative Einsiedel wird darauf aufmerksam gemacht, dass es von der Ortschaftsrätin Frau Barthold noch keine Begründung gibt, warum sie sich bei der Bürgerinitiative Einsiedel noch nicht gemeldet hat und warum noch keine Stellungnahme bezogen wurde.

Sie erklärt, dass sie am Mittwoch, dem 16.12.2015 reden wollte und sie durfte nicht und das ist nicht gelogen. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Ortschaftsrat Herr Stoll dabei war.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll räumt ein, dass er dabei war, kann dieses aber nicht bestätigen.

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative Einsiedel findet es verwunderlich, dass sich die Ortschaftsrätin Frau Barthold nicht mehr daran erinnern kann. Es ist ihr von allen Seiten die Hand gegeben worden. Selbst wenn sie an dem Mittwoch nicht gesprochen hat, hat sie es bis heute nicht auf die Reihe gebracht, eine ordentliche Stellungnahme abzugeben.

Ein Einwohner ist dagegen, wenn Transparente mit „Einsiedel Sagt NEIN zum Heim“ durch die Gegend getragen werden. Er war nie dagegen, andere sicher auch nicht. Als die Aussage stand, dass Familien kommen sollen, hat er dieses begrüßt. Er möchte wissen, was der Ortschaftsrat dagegen unternommen hat, dass da was anderes dahin geschrieben wurde. Er musste feststellen, dass der Ortschaftsrat nichts dagegen unternommen, weil er angenommen hat, alle sind mit den großen Transparenten einverstanden. Er betont, dass es schade ist, dass man darüber streitet. Er kennt die Kriegszeit noch und die Waffenlieferung dorthin, wo die Flüchtlinge herkommen und sagt, dass dieses auch unser Reichtum mit ist und keiner denken darf, dass dieses alles von uns erarbeitetest Geld ist.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt, dass der Ortschaftsrat eine gemeinsame Erklärung abgegeben hat, in der hingewiesen wurde, dass die Einsiedler die Bildungseinrichtung weiter wollen. Das alle für Integration und gegen Ausländerfeindlichkeit sind. Was auf den Plakaten steht, hat der Ortschaftsrat konkret keinen Einfluss. Er hat mit sehr vielen Leuten

darüber gesprochen und auch sehr viel Post dazu erhalten. Wenn man sich intensiv damit befasst, wollten alle, dass Familien hier her kommen, das haben eigentlich alle Anwesende in diesem Raum unterstützt. Das ist zum Glück eingetreten. Es haben alle, auf verschiedenen Schienen, versucht voranzutreiben, dass in der Erstaufnahmeeinrichtung ein ordentliches Verfahren gemacht wird und die Zahlen der Flüchtlinge eingeschränkt wird. Es gibt dort ein Sicherheitskonzept, ob es am Ende alles so zieht, ist eine andere Frage. Es ist allen die mitgewirkt haben zu verdanken, dass das jetzt so ist. Aus seiner Sicht ist es jetzt wichtig den Kontakt zu halten und die auftretenden Probleme alle aufzunehmen. Als Einsiedel als Ganzes zusammenzuarbeiten, die Probleme wirklich auf den Tisch zu packen und das nicht übereinander, sondern miteinander geredet wird. Dabei sollte der Ortschaftsrat die Mitte sein und er bittet darum, dass man sich nicht mit einzelnen Sachen in den Vordergrund stellt. Das bringt keinen weiter, sondern bringt nur Anfeindungen untereinander, die keinen Vorteil schaffen.

Insgesamt ist es so, es will keiner einen verhungern lassen und man will den Familien auch helfen, aber er kann sich nicht vorstellen, wie die Integration von 1 Mio. Leuten gehen soll. Was jetzt in der Stadt an Deutsch- und Integrationskurse gemacht wird, ist sehr wenig. Er hat sich vorgenommen kompetente Leute einzuladen, um sich erklären zu lassen, wie die Integration zukünftig stattfinden soll. Aus seiner Sicht ist es nicht möglich, das alles mit ehrenamtlicher Arbeit abzudecken. Er ist der Meinung, dass bei der Integration unbedingt etwas gemacht werden muss. Man kann nicht nur die Leute herholen, sondern muss sie auch ordentlich unterbringen und die Wohnungen werden knapp.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Einsiedel macht darauf aufmerksam, dass die Niederschrift, vom 01.09.2015 im Internet nicht einsehbar ist.

Weiter fragt er an, ob es für den Ortschaftsrat eine Mail-Adresse gibt, wenn nicht, ob so etwas angedacht ist.

Danach verteilt er einen Fragenkatalog der Bürgerinitiative „GEMEINSAM für Einsiedel“ (siehe Anlage) der von ihm verlesen wird und bittet um Beantwortung in einem angemessenen Zeitraum, nicht nur durch den Ortschaftsrat. Er informiert, dass Herr Dietrichs über die Integration der Flüchtlinge gesagt hat, dass sie erst dann anfängt, wenn sie aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Landkreise und Kommunen verteilt worden sind. Das sagt aus, dass das was die Flüchtlingshilfe jetzt macht, nichts mit Integration zu tun hat.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich antwortet zu einigen Fragen, dass das Bürgerbüro, ab dem 19.01.2016 geöffnet hat. Zum Bustransfer sagt er, dass jetzt der Pendelverkehr zum Dittersdorfer Weg durch die Landesdirektion eingerichtet wurde. Mit der Anbindung der Linie 53 ist er noch nicht einverstanden und dieses auch mit der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig besprochen hat. Diese wollte es in der Aufsichtsratssitzung der CVAG anbringen, die Antwort steht noch aus. Er fordert, dass die Linie 53 an allen Fahrtagen und zu allen Fahrzeiten als Bus eingesetzt wird.

Eine Einwohnerin fragt an, wieso dieser Infostand das schöne Einsiedel mit Plakaten und Bettlaken mit Parolen, die an öffentlichen Brücken und Zäune angebracht wurden, so verhandeln darf.

Ein Einwohner sagt zu dem Infostand, dass das bestimmt nicht die einzige demokratische Aktion war. Seines Erachtens war es aber die Option, die das in die Wege geleitet hat, was im Bezug auf die Erstaufnahmeeinrichtung erreicht wurde und bezieht sich auf das bereits Gesagte. Ohne den Infostand und der 24-Stunden-Bewachung, wäre das alles gar nicht möglich gewesen. Es wäre auch keine Streife in regelmäßigen Abständen durch unseren Ort gefahren. Er verwarft sich gegen den Ausspruch, dass der Infostand von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, das stimmt nicht. Es wurden Unterschriftenlisten dazu gemacht, die genau das Gegenteil beweisen.

Der Aussage des einen Einwohners, wir wären ein reiches Land, kann er nicht zustimmen und schildert seine ergreifende familiäre Situation.

Abschließend möchte er wissen, ob es seitens des Ortschaftsrates eine Einreichung einer Beschwerde, zum Polizeieinsatz, am 07.01.2016 vorgesehen ist.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich sagt dazu, dass er sich über die Blockade auf der Schollstraße und dieser ganzen Geschichte bereits beschwert hat und dass das so nicht funktio-

niert. Es ist kein Zustand, dass für 3-4 Stunden die Grundstücke blockiert sind. Das wurde auch mit den Polizisten Vorort besprochen. Er bemerkt, dass der Ortschaftsrat keinen Einfluss darauf hat, was in der Erstaufnahmeeinrichtung zwischen Land und Vermieter passiert, was die Stadt an Baugenehmigungen macht, wie lange die Leute dort untergebracht werden und ob die Flüchtlingshilfe dort ordentlich betreuen kann. Es ist dringend erforderlich, dass die Leute wieder in ihren Land leben können. Wir können hier in Deutschland nicht allen helfen.

Ein Einwohner fragt den Ortsvorsteher Herr Ulbrich, ob der erhaltene Brief von Herrn Gabriel echt ist und wie er darauf reagiert hat. Weiter möchte er wissen, falls er die Einladung annimmt, ob er bereit ist noch jemanden mitzunehmen.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich geht davon aus, dass der Brief echt ist, er ist auch auf richtigem Briefpapier geschrieben und enthält eine Einladung zu einem Gespräch mit ihm. Er hat Herrn Gabriel geantwortet, dass er gern die Einladung annimmt, um das ganze zu diskutieren, wie es im Ort verstanden worden ist und wie er es gemeint hat. Es ist eine große Ehrlichkeit von Nöten, die wir insgesamt in Deutschland wieder brauchen und die haben wir im Moment nicht, sondern es wird plakativ etwas gemacht und hinterher war es nicht so gemeint. Er hat darüber noch nicht nachgedacht jemanden zu Herrn Gabriel mitzunehmen und wird sich das noch überlegen.

Darauf schlägt der Ortschaftsrat Herr Boden vor, Herrn Gabriel nach Einsiedel einzuladen, was durchaus Zuspruch findet.

Eine Anwohnerin der Scholl-Straße macht darauf aufmerksam, dass die ehemalige Bildungseinrichtung für alle Einsiedler so in Ordnung war. Der Eigentümer selbst hat sich entschlossen an die Landesdirektion dieses Objekt, als Unterbringung für Flüchtlinge, zu vermieten. Sie hat es schriftlich, dass der Eigentümer es auch als Bildungseinrichtung übergeben hätte können. Die Verantwortung, dass es eine Erstaufnahmeeinrichtung geworden ist liegt damit nicht bei der Landesdirektion, sondern beim Eigentümer selbst.

Gegen die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung wurde vorgegangen und demonstriert und es wurde auch momentan erst einmal einiges erreicht. Sie möchte wissen, ob zu der Erstaufnahmeeinrichtung (lt. Baugenehmigung 544 Plätze) auch noch zusätzlich eine Bildungseinrichtung eingerichtet werden soll. Sie verweist darauf, dass das geplante Baugebiet an der Anton-Herrmann-Straße, die Erstaufnahmeeinrichtung und eine Bildungseinrichtung einfach zu viel für dieses Gebiet ist.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich bestätigt, dass es nur eine Erstaufnahmeeinrichtung oder eine Bildungseinrichtung geben kann, diese wurde von der Landesdirektion und der Stadt so gesagt. Es gibt keine Einrichtung, wo dieses parallel läuft.

Der Wehrleiter Herr Katzmann antwortet dem Ortschaftsrat Herrn Stoll zu seiner Aussage im Tagesordnungspunkt 8, dass er durch ehrliche und offene Arbeit sein Amt weiterführen kann. Er bemerkt, dass der Ortschaftsrat Herr Stoll erst seit 2 Jahre im Amt ist und durch Einsiedler gewählt wurde.

Dazu antwortet der Ortschaftsrat Herr Stoll, dass er gefragt worden ist, ob er sich aufstellen lässt und wenn er dann wieder raus ist, wäre das auch kein Beinbruch. Er ist der Meinung Ehrlichkeit sollten alle an den Tag legen und er hat aus dieser Sitzung auch gelernt.

Eine Einwohnerin sagt den Schlusssatz: „Wir wagen heute einen gemeinsamen Neuanfang“.

10. Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel

Der Ortschaftsrat Herr Edelmann und der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert werden zur Unterschriftsleistung vorgeschlagen und bestätigt.

04.02.2016 Ulbrich
.....
Datum Falk Ulbrich
 Ortsvorsteher

11.02.2016 *Edelmann*
.....
Datum Andreas Edelmann
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

14.02.2016 *Neubert*
.....
Datum Dr. Peter Neubert
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

28.01.2016 *Knöbel*
.....
Datum Simone Knöbel
 Schriftführerin

Anlage:
Fragen der Bürgerinitiative GEMEINSAM für Einsiedel